

Für einen Neustart aus der Krise: sozialer, ökologischer und friedlicher

DIE LINKE. Hessen vor Ort: sozial und konsequent

Die Corona-Pandemie und die notwendigen Gegenmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit haben eine sich ohnehin abzeichnende Wirtschaftskrise weiter verschärft. Die Folge: Ein dramatischer Anstieg von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und drohende Insolvenzen. Für Menschen, die ohnehin im Niedriglohnsektor schufteten, reicht das Kurzarbeitergeld kaum zum Leben. Für diejenigen, die von Transferleistungen betroffen sind, wurde schon eine kurzzeitige Schließung der Tafeln zu einem existenziellen Problem. Wer als Freiberufler*in keine Aufträge und auch keine staatliche Hilfe bekommt, weiß nach Auslaufen des Mietmoratoriums nicht, wie die Miete aufgebracht werden kann, geschweige denn die gestundeten Monatsmieten je zurückgezahlt werden sollen. Wer prekär beschäftigt war, verlor schnell seinen Job. In diesen verschiedenen Situationen sind Frauen häufig mehrfach belastet durch die ihnen patriarchal zugeschriebene Sorgearbeit sowohl in Lohnarbeitsverhältnissen als auch der vermeintlichen ‚Freizeit‘.

Wer als Studierende*r keine Unterstützung durch die Eltern oder BAföG bekam, sah sich existentiellen Nöten ausgesetzt, schließlich verloren Viele ihre Nebenjobs, bspw. in der Gastronomie. Die Folgen der Pandemie: Millionen Menschen bangen um ihre Existenz.

Bereits bestehende Probleme in der Krise haben sich vergrößert und sind für jeden sichtbar geworden. Der Klassencharakter der Krise ist mithin unübersehbar.

Bei der Bekämpfung des Virus haben die Regierenden dramatisch versagt. Der Lockdown in Deutschland dauert immer länger und ist wenig effektiv, weil er vor allem auf die Freizeit abstellt und wichtige Bereiche der Arbeitswelt ausklammert. Es mangelt an Impfstoff, an Testkapazitäten und verbindlichen Auflagen für Unternehmen. Noch immer gibt es nicht ausreichend Luftfilter in Schulen und Kitas, keine kostenfreien FFP2-Masken und noch immer fehlt es an Personal in den Gesundheitsämtern, das Personal in den Kliniken und der Pflege ist ganz besonders überlastet. Die sozialen, wirtschaftlichen und psychischen Folgen für viele Menschen sind immens. Kinder und Jugendliche sind in ihrer sozialen und psychischen Entwicklung gefährdet und der Zugang zu verschiedenen Bildungsangeboten ist eingeschränkt oder bleibt verwehrt.

Und vergessen wir nicht: Andere grundsätzliche Probleme sind nicht verschwunden: Die Klimakrise droht weiterhin, die Grundlagen menschlichen Lebens zu zerstören. Aufrüstung, Großmachtstreben und Kriege sind eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Die mörderische Abschottung der EU an den Außengrenzen und die Einpferchung von Geflüchteten in Lagern zwingen Zehntausende in menschenunwürdigem Elend zu leben.

Unter dem Vorwand der Pandemie versuchen Konzerne, technologische Veränderungen für gigantische Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Beschäftigten zu nutzen. Und die Rechtsentwicklung verschärft sich weiter.

Diese Entwicklungen zeigen: Nach der Krise darf es kein Weiter so geben. DIE LINKE. Hessen setzt sich dafür ein, dass aus der Krise heraus ein Neustart für eine soziale, ökologische und friedliche Politik gelingt und die Kosten der Krise nicht erneut auf die Breite der Bevölkerung abgewälzt, sondern von den Reichen und Vermögenden gezahlt werden, die nicht selten von der Krise sogar profitiert haben. Wir kämpfen für eine einmalige Vermögensabgabe, weil starke Schultern mehr tragen können und müssen – gerade auch um die Folgen der Pandemie zu meistern.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die herrschende Politik die Banken als systemrelevant verklärt und mit gigantischen Programmen gerettet. Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Tätigkeiten wirklich systemrelevant sind: z. B. Pflege von Alten und Kranken, Erziehung, Einzelhandel sowie Reinigung

und Hygiene, Berufe, die häufig prekär sind und überwiegend von Frauen ausgeübt werden. DIE LINKE steht an ihrer Seite und streiten dafür, dass sie wesentlich besser bezahlt werden. Statt große Konzerne, die Arbeitsplätze abbauen und in Steueroasen unterwegs sind, mit Milliarden zu stützen, braucht es eine dauerhafte Aufwertung und Unterstützung der wirklich systemrelevanten Tätigkeiten.

DIE LINKE. Hessen steht vor Ort sozial und konsequent an der Seite der von der Krise Betroffenen, welche oftmals dieselben sind, die in der Anfangsphase der Pandemie als Held*innen beklatscht worden sind.

Kommunalwahl: DIE LINKE bleibt stabile politische Kraft in Hessen

DIE LINKE wird ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und einem sozialen ökologischen Umbau noch stärkeren Druck verleihen.“

Bei der Kommunalwahl erreicht DIE LINKE unter Einbeziehung linker Bündnislisten hessenweit 4,50% (2016: 4,5, 2011: 3,3) und hält damit exakt das Ergebnis von 2016. Den meisten Zuspruch erzielten wir in den kreisfreien Städten Kassel, Offenbach, Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden sowie in den Unistädten Marburg und Gießen. Dem gegenüber stehen Ergebnisse unter fünf Prozent in fast allen Landkreisen. Kleinere Erfolge gelangen uns vereinzelt in ländlichen Gemeinden, wie Büttelborn, Wetter (Hessen), Wanfried und Neu-Eichenberg. In den Städten konnten wir die Zahl unserer Ortsbeiratsitze deutlich erhöhen.

Die Stabilität auf kommunaler Ebene werden wir, wie im Wahlkampf versprochen, dafür nutzen, die soziale Frage in den Städten, Kreisen und Gemeinden in den Fokus zu stellen und unermüdlich für bezahlbaren Wohnraum, für Armutsbekämpfung, für eine Verkehrswende zugunsten des Geldbeutels und des Klimas sowie für Investitionen in Schulen, Kitas und Schwimmbäder zu streiten. Durch die Pandemie hat sich die Lebenssituation vieler Menschen destabilisiert und verschlechtert. Die soziale Schieflage wird auch auf kommunaler Ebene immer deutlicher und die Sorge wer letztendlich die Kosten dafür übernimmt drängt sich immer mehr auf. Kunst und Kultur spielt vor Ort eine wichtige Rolle, viele Kinos, Theater, kleine Restaurants und Kneipen um nur einige Beispiele zu benennen stehen vor dem Aus. Die Lebensqualität für viele Menschen ist gesunken, und viele der Künstler*innen und Soloselbständige haben ihr Einkommen verloren, oder ihnen droht der Arbeitsplatzverlust.

DIE LINKE wird und gerade in der Krise darauf drängen, dass in den Städten, Kreisen und Gemeinden, ärmere Menschen z.B. durch kostenlose Masken gestützt, kommunale Beschäftigungsprogramme gegen Arbeitslosigkeit aufgelegt,

Mieter*innen nicht aus ihren Wohnungen gedrängt und soziale und kulturelle Aufgaben gestärkt werden. Jetzt sofort muss dem Klimawandel konsequent entgegengetreten werden.

Deshalb streiten wir für eine Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs mit der Perspektive Nulltarif, für eine bessere Anbindung des ländlichen Raums, den Ausbau erneuerbarer Energien in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand. Kohlekraftwerke müssen sozialverträglich und konsequent stillgelegt werden. Energetische Sanierungen von Gebäuden müssen selbstverständlich durchgeführt werden, aber nicht auf Kosten von Mieter*innen mit schmalen Geldbeutel.

DIE LINKE verbindet die Arbeit in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten mit außerparlamentarischem Engagement. Unsere Bündnispartner*innen sind Stadtteilinitiativen, Recht-auf-Stadt-Bewegungen, lokale Agenda-Gruppen, Aktionsgruppen für bezahlbaren Wohnraum und gegen Gentrifizierung, die Frauenbewegung, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, Klima- und Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und viele andere. Wir unser Engagement für einen grundlegenden Politikwechsel fort. Um die Verhältnisse gerechter, ökologischer, sozialer und friedlicher zu machen, sind wir auch vor Ort zu einer Zusammenarbeit mit

anderen Parteien bereit. Wir gehen jeden Schritt in die richtige Richtung mit, aber keinen in die falsche. Je stärker DIE LINKE, desto größer der Druck für soziale Gerechtigkeit. Dabei gilt für uns: DIE LINKE beteiligt sich nicht an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt.

Bundestagswahl 2021: Wer zahlt die Kosten der Krise?

Nach einem Jahr Pandemie prägen Chaos und Versagen das Bild der Bundesregierung. Weder wurde bisher ausreichend Impfstoff noch Testkapazitäten beschafft. Die Bundesregierung treibt ein immer wiederkehrendes Wechselspiel von Lockdown und Lockerungen. Während weite Teile des Wirtschaftslebens mit Ausnahme weniger Branchen einfach weiterlaufen, wird das Leben vieler Menschen drastisch beschnitten. DIE LINKE fordert endlich wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, um Menschenleben zu schützen. Dazu gehören ausreichend und kostenlose Tests und Masken, eine höhere Impfquote, verbindliche Auflagen für Unternehmen und eine Sicherstellung der Kontaktnachverfolgung. Die Lizenzen für die Impfstoffproduktion müssen endlich freigegeben werden.

Als Antwort auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie hat die Bundesregierung temporär die Schuldenbremse ausgesetzt, die „Schwarze Null“ über den Haufen geworfen und milliardenschwere Programme auf den Weg gebracht. Diese Programme beinhalten zwar durchaus auch materielle Zugeständnisse für Teile der Bevölkerung, dienen aber insbesondere den Interessen weniger Großunternehmen. Sie beinhalten Ungerechtigkeiten, setzen falsche Prioritäten und erreichen vor allem nicht alle die Gruppen, die finanziellen und sozialen Schutz benötigen.

Die Vorstellungen von Neoliberalismus und Austerität sind auch nur zeitlich befristet ausgesetzt, um den „freien Markt“ mit Hilfe des Staates zu retten. Es zeichnet sich ab, dass der Austeritätskurs nach der Krise fortgesetzt, ein neuer Klassenkampf von oben eingeleitet wird. Es drohen massive Kürzungen öffentlicher Aufgaben, eine weitere Demontage des Sozialstaats und eine Sozialisierung der Unternehmensverluste. Zahlreiche Konzerne haben Arbeitsplatzabbau angekündigt und sanieren sich damit im Fahrwasser der Krise auf Kosten der Beschäftigten.

Dabei hat uns die Pandemie vor Augen geführt, dass der freie Markt die Probleme eben nicht löst, dass Profitstreben das Gemeinwesen aushöhlt, dass ein handlungsfähiger Staat und gefestigte soziale Sicherungssysteme dringend benötigt werden und dass Privatisierungen und Kürzungen gefährliche Irrwege sind.

Für die bestehenden Missstände tragen die Bundesregierungen des letzten Vierteljahrhunderts die Verantwortung, weil sie auf einen neoliberalen Kurs gesetzt und damit die massive soziale Spaltung im Land vorangetrieben haben. Heute besitzen die 45 reichsten Haushalte in Deutschland so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, die reichsten 5 Prozent so viel wie die anderen 95 Prozent. In der Corona-Krise sind die Reichen noch reicher geworden. Während sich in der CDU/CSU Stimmen mehren, den Verteilungskampf sogar noch zu verschärfen, und ihre Abgeordneten durch Bestechlichkeit ihre Raffgier auf Kosten der Gesamtheit befriedigen, kann sich die SPD trotz kleinerer Korrekturen noch immer nicht von der fatalen Agenda-Politik lösen. Die Grünen halten sich mit ihrem Bundestagswahlprogramm alle Optionen offen, inklusive der - wie zuvor bereits in Hessen praktizierten - Richtung Schwarzgrün. Allen drei Parteien ist gemein, dass sie an einer Militarisierung der Außenpolitik, an Aufrüstung, Bundeswehreinsätzen und an der NATO festhalten wollen.

DIE LINKE macht einen eigenständigen Wahlkampf und stellt die eigenen Schwerpunkte in den Mittelpunkt:

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit: Wir wollen einen Mindestlohn in Höhe von mindestens 13 Euro, Arbeitszeitverkürzung bis hin zu einer 4-Tage Woche bei vollem Lohnausgleich, die Überwindung von Hartz-IV zugunsten einer bedarfsdeckenden, menschenwürdigen und sanktionsfreien

Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro, eine armutsfeste Alterssicherung und die Schaffung von tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen

Der Einsatz für Frieden und Abrüstung: Wir wollen ein Verbot von Waffenexporten, ein Stopp der Aufrüstung, ein Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Deeskalation und Entspannungspolitik sowie Rüstungskonversion. Die Aufrüstung und Militarisierung der EU lehnen wir ab. Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und gehört durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzt, das Abrüstung zum Ziel hat.

Der Kampf für eine gute Gesundheitsversorgung für alle in öffentlicher Hand: Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Wettbewerb und Profitstreben ungeeignet sind, die Gesundheitsversorgung nach dem Bedarf der Menschen zu steuern. Deshalb müssen unsere Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand. Die Zwei-Klassen-Medizin muss durch eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle ersetzt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass Arme neun Jahre früher sterben als Reiche! Deshalb kämpfen wir für gesunde Lebensbedingungen für alle!

Den Streit für einen sozialökologischen Systemwechsel: Schneller Ausstieg aus der Kohle bis 2030, Ausbau der regenerativen Energien, eine ökologisch nachhaltige Mobilitätswende, der Umbau der Landwirtschaft und energetische Gebäudesanierung. Für die Industrie braucht es ein Transformationsprogramm, welches ökologische Erneuerung mit sozialer Beschäftigungssicherung unter Einbindung der Gewerkschaften verbindet.

Das Engagement für eine gerechte Besteuerung des Reichtums: Eine Vermögensabgabe zur Finanzierung der Krisenkosten, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz.

Verteidigung der Grundrechte und Kampf gegen rechts: Wir kämpfen für einen gesellschaftlichen Konsens des Antifaschismus und stellen uns mit Bündnispartner*innen den alten und neuen Rechten immer und überall in den Weg. Wir stellen uns gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus und Diskriminierung.

Um diese Ziele zu erreichen, scheuen wir uns nicht, uns mit den Konzernen, Superreichen und ökonomisch Mächtigen anzulegen. Uns ist klar: Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft wird nicht durch arithmetische Mehrheiten im Bundestag erreicht werden.“

Dafür braucht es breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und den Druck von sozialen Bewegungen auf die parlamentarische Politik.

Wir machen auch im Bundestagswahlkampf deutlich: DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von Ausbeutung des Menschen, Unterdrückung und Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.

Statt einem schwarzgrünen Weiter so Hessen mit einem Neustartprogramm aus der Krise holen

CDU und Grüne in Wiesbaden mussten zu Beginn der Corona-Pandemie das Scheitern ihrer Politik von Schuldenbremse und schwarzer Null erleben. In nur wenigen Wochen warfen sie ihre Grundsätze über Bord und mobilisierten Milliarden, um die Wirtschaft zu stützen. Das mit den schwarzgrünen Stimmen beschlossene Sondervermögen ist Ausdruck des Scheiterns ihrer Finanzpolitik. Behaupteten sie in den letzten Jahren gebetsmühlenartig es sei kein Geld da für wichtige soziale Maßnahmen, konnte ihnen jetzt die Schuldenaufnahme nicht schnell genug gehen, getrieben von dem Wunsch ihr ideenloses Weiter-So über die Legislaturperiode zu retten.

Schon vor Corona lag in Hessen einiges im Argen. Die schwarzgrüne Landesregierung versagt bei der Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum, bei dem notwendigen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Land, bei einer bedarfsgerechten Krankenhausfinanzierung

und bei den Investitionen in die Sanierung unserer Schulen. Trotz der inhumanen Lage an den europäischen Außengrenzen weigern sich CDU und Grüne bis heute ein Landesaufnahmeprogramm für Menschen in Not aufzulegen.

DIE LINKE fordert ein großes Neustartprogramm für Hessen, um den Weg aus der Krise in ein soziales, gerechtes und ökologisches Land einzuschlagen. Wir wollen mehr Geld für Bildung, Investitionen in die Kommunen, einen gut ausgebauten ÖPNV, bezahlbare Wohnungen, eine Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand und gut ausgestattete Schulen. Unter CDU-geführten Regierungen ist Hessen zu einer Hochburg der Bedrohung von rechts geworden. Nach dem bis heute nicht gänzlich aufgeklärten Mord des NSU an Halit Yozgat 2006, ermordete ein nordhessischer Neonazi 2019 den CDU-Politiker Dr. Walter Lübcke. Im Februar 2020 wurden in Hanau bei einem Anschlag neun Menschen aufgrund ihres Migrationshintergrunds brutal ermordet. Nahezu täglich finden sich Meldungen über rassistische Übergriffe auf Migrant*innen, Geflüchtete und Andersdenkende. Mögliche rechte Netzwerke in der Polizei können über Monate hinweg ihr Unwesen treiben. Bis heute ist die NSU-2.0-Drohserie gegen antifaschistische Persönlichkeiten und LINKE-Politiker*innen und antifaschistische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht aufgeklärt. Beim Kampf gegen Rechts versagt die

schwarzgrüne Landesregierung erbärmlich. Und im Hessischen Landtag bereitet die AfD mit ihren Hetz- und Hasstiraden, auch gegen die politische Linke, den Boden, auf dem rechte und mörderische Gewalt entsteht. Es ist kein Zufall, dass der mutmaßliche Mörder von Dr. Lübcke der AfD im Wahlkampf half.

DIE LINKE stellt sich am entschieden Nazis, Rechtspopulisten und Rassisten entgegen. Wir engagieren uns im Landtag und in Untersuchungsausschüssen für Aufklärung über das Versagen von Behörden. Und wir stehen solidarisch an der Seite aller Betroffenen von Rassismus, Ausgrenzung und rechter Gewalt.

Es bewegt sich was im Land. Das macht Mut.

Trotz der Pandemie bewegt sich was im Land: Zehntausende sind unter #blacklivesmatter gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße gegangen. Im Dannenröder Forst blockierten die Aktivist*innen #dannibleibt den Weiterbau einer unsinnigen Autobahn. #wirhabenplatz ist die Antwort auf das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik in Moria und anderswo. @dwenteignen stellt die Eigentumsfrage bei der Wohnungsversorgung konkret. Abrüsten statt Aufrüsten sowie die Beendigung der Rüstungsproduktion bleiben die Losungen der Friedensbewegung angesichts der unverzeihlichen Verschwendung öffentlicher Ressourcen für Militär und Krieg. Bei Continental und andernorts wehren sich Gewerkschaften gegen die Abwälzung der negativen Folgen der Transformation auf die Beschäftigten und fordern soziale Sicherheit und gute Arbeit. DIE LINKE. Hessen ist eine Partei in Bewegung. Auf Augenhöhe arbeiten wir weiter in und mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Bündnissen. In und mit diesen Bewegungen stellen wir die Eigentumsfrage und wollen auch in Zukunft folgende Schwerpunkte setzen:

Bezahlbar Wohnen: Aktiv werben wir für einen bundesweiten Mietendeckel, für ein Sofortprogramm für 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr in Hessen, für Maßnahmen gegen Leerstand und Zweckentfremdung und für eine Vergesellschaftung börsennotierter Immobilienkonzerne. Auch unterstützen wir die Kampagne des DGB und des Mieterbundes für einen Mietenstopp.

Krankenhäuser in öffentliche Hand: Es braucht mehr Personal in der Pflege, mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten gesetzliche Standards, u.a. zur Personalbemessung, eine Abkehr von den Fallpauschalen, eine Aufwertung der Kranken- und Altenpflege sowie ein großangelegtes Programm zur Rekommunalisierung von Krankenhäusern.

Gute Arbeit in sozialer Sicherheit: Wir sind präsent in den Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau in Industriesektoren, fordern staatliche Unterstützung für Transformation und setzen uns für einen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie ein. Bei den Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst, im Nahverkehr und bei der Post stehen wir an der Seite der Beschäftigten und kämpfen gegen die falschen politischen Weichenstellungen zu Lasten der Beschäftigten.

Mit großer Mehrheit beschlossen vom 13.Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Gießen.